



Stadtverband Ginsheim-
Gustavsburg

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

GINSHEIM-GUSTAVSBURG



Fraktion
Gi-Gu
FDP



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg

An den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung

Herrn Thorsten Siehr

Ginsheim-Gustavsburg, 08.03.2022

Sehr geehrter Herr Siehr,

wir bitten um Aufnahme des folgenden Antrags in den Geschäftsgang zur Beratung im Haupt- und Finanzausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff der Russischen Streitkräfte auf die Ukraine auf das schärfste. Dieser Angriff ist ein Angriff auf uns alle.

Wir erklären unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk und appellieren an alle Ginsheim-Gustavsburger Bürgerinnen und Bürger sich ebenso zu solidarisieren. Wir unterstützen alle friedlichen Initiativen und Aktivitäten, die sich für den Frieden, Völkerverständigung und unsere gemeinsamen Werte in Europa und der ganzen Welt einsetzen.

Unser Mitgefühl gilt insbesondere den Opfern, den Angehörigen und allen vom Krieg und ihren Auswirkungen betroffenen Menschen.

Ebenso gilt unsere Solidarität den Menschen, die in Russland trotz der Bedrohung ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit oder gar ihres Lebens für den Frieden, für Menschenrechte und die Demokratie eintreten. Die Menschen in Russland in Generalverantwortung für das Handeln Ihrer Führung zu nehmen, ist nicht der Weg, der zum Frieden führt. Wir fordern jedoch alle Menschen auf, sich gegen diese Politik aufzulehnen.

Die von der Bundesregierung und durch die EU eingeleiteten Sanktionen gegen Russland und die russische Führung werden nicht ohne Folgen für uns selbst

bleiben. Die Stadtverordnetenversammlung steht zu ihrer Verantwortung und ist bereit, die Folgen dieser notwendigen Schritte mitzutragen.

Der Angriff auf die Ukraine darf nicht das Ende von Frieden, Freiheit und Demokratie in Europa sein.

Begründung:

Selbsterklärend.

Finanzielle Auswirkungen:
Durch die Resolution keine.

Klimatische Auswirkungen:
Durch die Resolution keine.



Jochen Capalo
Fraktionsvorsitzender
Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg

Dr. Alexander Rheinberger
Fraktionsvorsitzender
CDU

Christina Gohl
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Johanna von Trotha
Fraktionsvorsitzende
FDP

Melanie Wegling
Fraktionsvorsitzende
SPD